

Selbstermächtigung in einer offenen Gesellschaft.

Einladung.

Als Gäste für unsere **Podiumsdiskussion** begrüßen wir aus **Wissenschaft** und politischer **Praxis**:

Diskutieren Sie mit uns die Frage

Wie organisieren wir in einer *offenen Gesellschaft* politischen Ausgleich, um den wirtschaftlichen Erfolgspfad weiter zu gewährleisten, ohne den Ausbau des Wohlfahrtsstaates zu gefährden?

Dr. Stephan Schulmeister
Mag. **Mario Matzer** (AK Steiermark)
Susanne Hofer (ÖGB)
Dr. **Tamara Ehs** (IG Demokratie)

MI 13. Feb. 2019, 19:00 h
KHG Graz, Leechgasse 24

Im Anschluss laden wir zu einem Imbiss

Impuls: **Egon Ch. Leitner** (Raisons d'agir)
Moderation: Mag. **Wolfgang Schmidt**

Eintritt: frei(willige Spende)

Anmeldung erbeten via
selbstermaechtigung.vereinamsel.net



Solange die Mitte der Gesellschaft soziale Randgruppen **bewusst ausgrenzt**, ist die Stabilität einer Demokratie gefährdet. Zivilgesellschaft und politisch Verantwortliche sind aufgerufen, diesem Szenario präventiv zu begegnen. Der Weg zur **Selbstermächtigung** bietet hierzu einige Vorteile. Einerseits stärken bewusstseinsbildende Maßnahmen Menschen gegenüber Ideologisierungen. Andererseits fördern sozialpolitisch engagierte Institutionen die Wirksamkeit parlamentarischer Lobbyarbeit.



Am Ende wurde bei der **35. Sommerakademie** auf der **Friedensburg Schlaining** über die **Optionen der Politik** diskutiert. Das wäre ein guter Anfang eines Weges, der zu **mehr Wohlstand für alle** führt.

In einer zunehmend offeneren Gesellschaft wachsen auch die **Herausforderungen**, die unterschiedlichen Ansprüche aufeinander abzustimmen. Es macht also durchaus Sinn, über **Möglichkeiten** zu diskutieren, wie wir Konfliktpotenziale entschärfen, bevor sie zu Krisen heranreifen. Dazu wurde in Österreich die Wirtschafts- und **Sozialpartnerschaft** gegründet. Doch die Zeiten haben sich geändert und so meint Wolfgang Maderthaler: „Wie jeder Kompromiss stellt die Sozialpartnerschaft alle gleich nicht zufrieden. Unterm Strich funktioniert sie aber. Meine große Befürchtung ist: Wenn es keine institutionalisierte Regulierung des Kapitalismus gibt, gibt es über kurz oder lang einen massiven Gegenschlag jener, die von den Segnungen der

kapitalistischen Dynamik ausgeschlossen sind.“ (**Der Standard**, 21. Nov. 2012)

Eine gute Basis für Gespräche darüber, wie wir den aktuellen Herausforderungen nachhaltig begegnen können bieten **Karl R. Popper** und **Pierre Bourdieu**. Nicht unerwähnt bleiben sollte

auch der Hinweis darauf, dass sich der [Abbau sozialer Ungleichheit](#) positiv auf die [Volkswirtschaft](#) eines Landes auswirkt.

Einladung

Wir versammeln uns am MI **13. 2. 2019** ab 19:00 h
im **Quartier Leech**, [Leechgasse 24](#), 8010 Graz.



Als Podiumsgäste begrüßen wir:

[Dr. Stephan Schulmeister](#)
[Mag. Mario Matzer](#) (AK Steiermark)
[Susanne Hofer](#) (ÖGB)
[Dr. Tamara Ehs](#) (IG Demokratie)

Impuls: [Egon Ch. Leitner](#) (Raisons d'agir)
Moderation: [Mag. Wolfgang Schmidt](#)

Während der Veranstaltung wird [Mehdi Ibnul](#) die Stimmung im Raum einfangen und auf seine Art zu Papier bringen. Das Werk kann im Anschluss daran erworben werden.

Wir ersuchen um **Anmeldung** via selbstermaechtigung@vereinamsel.net.

Armut, Zusammenbruch der Ordnung und ein politisches Machtvakuum – eigentlich der klassische Weg hin zu einem „failed state“. Warum ist es 1918 gelungen, das abzuwenden?

Uhl: Es ist gelungen, weil die drei Parteien, die Sozialdemokraten, die Christlichsozialen und die Deutschnationalen, sich in dieser ersten Phase der Republik **selbst ermächtigt** und Verantwortung übernommen haben. Zunächst konstituierten sich die Abgeordneten der deutschsprachigen Wahlkreise in der Monarchie zu einer Nationalversammlung. Von da an wurde eng zusammengearbeitet, alle drei Parteien fassten so gut wie alle Beschlüsse gemeinsam. Es herrschte ein **Geist der Zusammenarbeit**, der quer über die politischen Lager hinweg wirkte.



Haus aus der spanischen Kolonialzeit mit dem edlen Eingangstor aus venezianischer Färberei. Gleichsam als über das österreichische Konsumentendebatte als Francisco San Martín die Region von Trujillo.

„... das Haus haben sich meist ganz bescheiden im vier Raum für die Eigentümer.“ „Wir haben uns zu entschlossen und das fast le saniert“, erzählt San ganz typisch auf, was

MINKA und SEI SO FREI helfen mit, dass Biobauern in den Anden selbstständig leben können.

–Sprache Quechua während seit idete San Martín wurden Arbeitsplätze geschaffen und Einkommen gesichert. Mit ihrer selbstständigen Arbeit können die Menschen die Entwicklungschancen nutzen und befreit in eine würdevolle Zukunft blicken.

Peru nachhaltig verändern

Bisher haben zirka 20.000 Menschen von der Netzwerkarbeit von MINKA profitiert. „Niemals aber tragen wir die Partner, es geht immer um das Miteinander.“ MINKA liefert vor allem Know-how in den Bereichen Marketing, Vertrieb und auch Beschaffung von guten Rohstoffen und Samen. „Vernetzung, das ist das magische Wort“, betont Francisco San Martín. Wenn Betriebe allein sind, haben sie keine Chance. Gemeinsam mit den Partnern schaffte es MINKA und mittlerweile, die Strukturen im Land nachhaltig zu verändern und die Politik zu beeinflussen.



wege aus der krise Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget 2017-2019

70 Schritte in ein gutes Leben für alle!

erstellt von:



UNGLEICHHEIT?

Wirtschaftspolitische Vorschläge für eine reduzierte Ungleichheit

Gustav A. Horn, Jan Behringer, Sebastian Gechert, Katja Rietzler, Ulrike Stein

Quelle: https://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_129_2017.pdf

AUF EINEN BLICK

Die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen hat in Deutschland seit 1991 laut SOEP deutlich zugenommen. Eine Gliederung in drei Einkommensgruppen zeigt, dass die obere Einkommensschicht ihr Realeinkommen von 1991 bis 2014 erheblich steigern konnte, während die mittlere und insbesondere die untere Einkommensschicht deutlich dahinter zurückblieben. Die Mittelschicht schrumpfte und die Bevölkerungsanteile an den Rändern der Verteilung nahmen zu.

Eine stärkere Beteiligung reicher Haushalte an der Finanzierung des Gemeinwesens könnte erreicht werden, indem die Politik **Unternehmensgewinne effektiver besteuert**, private Steuerflucht konsequent verfolgt, den Spitzensteuersatz anhebt, die **Vermögenssteuer**

reaktiviert und **Privilegien bei der Erbschaftsteuer abschafft**. Zudem sollte die Grundsteuer in eine Bodenwertsteuer umgewandelt und die **Finanztransaktionssteuer** eingeführt werden.

Zur Stärkung der Mittelschicht sollten die öffentlichen Ausgaben verteilungsgerechter gestaltet und das Kindergeld erhöht werden. Zudem sollte das Tarifsystem, etwa durch eine Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung, gestärkt werden.

Um die **Armut** nachhaltig zu verringern, sind eine **Eindämmung prekärer Beschäftigung** und eine **Stärkung der gesetzlichen Rente** erforderlich. Der **Mindestlohn sollte temporär stärker steigen** und das Arbeitslosengeld II an dessen Entwicklung gekoppelt werden.

Videostatement

Gustav A. Horn




zum Thema Ungleichheit in Deutschland
<https://youtu.be/ORmbjbjMDNI>

Gegen die Ungleichheit

- ➔ Die Starken beteiligen
- ➔ Die Mitte stärken
- ➔ Die Armut vermindern

Vorschläge im Überblick auf ► **Seite 10**

Quelle: https://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_129_2017.pdf

Ausschnitt aus dem zivilgesellschaftlichen ZukunftsBUDGET:

Die Zukunft finanzieren		MiIionen Euro
Vermögen besteuern	Vermögenssteuer für große Vermögen	3.500
	Erbschafts- und Schenkungssteuer	500
	Stiftungssteuer	250
	Grundsteuer Neu	1.000
	Reform der Bodenwertabgabe	150
Börsenumsatzsteuer - bis zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer	200	
Finanzierungs-basis der Sozial-systeme sichern	Wertschöpfungsabgabe einführen	200
	Abgabe für gesundheitsschädliche Überstunden	480
Steuerprivilegien für Kapitalein-kommen und Konzerne abschaffen, Steuer-flucht beenden	Steuerprivilegien auf Kapitaleinkommen abschaffen	700
	Gruppenbesteuerung reformieren	250
Ökosteuern, die der Umwelt nützen	Körperschaftsteuer mittelfristig progressiv gestalten	500
	Einführung der Gesamtkonzernbesteuerung	300
	Steuerflucht beenden, Möglichkeiten legaler Steuervermeidung abschaffen	300
	Beibehaltung der Bankenabgabe	200
	Angeleichung der Mineralölsteuer (MöS) für Diesel	400
	LKW Roadpricing auf allen Straßen in Österreich	370
	Kerosinbesteuerung	390
	Reform der Normverbrauchsabgabe (NoVA)	395
	Reform der steuerlichen Begünstigungen für Firmenwagen	300
	Reform der motorbezogenen Versicherungssteuer	140
Förderentgelte für bundeseigene fossile Rohstoffe (Erdöl und Erdgas)	70	
Steuerbefreiung von Kohleverbrennung abschaffen	64	
Einführung einer Düngemittelabgabe	50	
Summe		10.709

Arbeitszeitverkürzungsoffensive		864	150.000
Arbeit gerecht teilen	Überstunden reduzieren		140.000
	Reform der Arbeitsmarktpolitik	147	6.100
Gute Bildung für jede und jeden	Investitionen in Kinderkrippen, Kindergärten und Vorschulen	520	19.000
	Ausbau von Ganztagschulen	1.000	1.700
	Mehr Lehrpersonal für eine Schule der Vielfalt und Integration	200	
	Förderung der Jugendarbeit	30	
Leistbares Wohnen für alle	Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Hochschulbildung	1.058	14.000
	Mehr Geld für Erwachsenenbildung	100	350
	Zweckbindung der Wohnbauförderung	340	
Ein Budget für den Menschen-schutz	Maßnahmenpaket gegen Energiearmut	100	
	Ausreichende Grundversorgung von Asylsuchenden	150	
Kunst und Kultur für alle	Flächendeckende qualitativ hochwertige Rechtsberatung und Rechtsvertretung	25	
	Bildungsmöglichkeiten und Sprachkurse für Asylsuchende	100	
	Individuelle Perspektivenförderung für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte	20	
	Verbesserte psychosoziale bzw. psychotherapeutische Betreuung	15	
	Kunst und Kultur im Kindergarten und in der Schule	329	100
	Zugang zu Kunst und Kultur für Menschen mit geringen Einkommen	1	
	Kulturforschung	3	
	Unterstützung freiwilliger regionaler Kulturinitiativen mit professioneller Kulturarbeit	50	
	KünstlerInnen den Einstieg ermöglichen	13	
	Soziale Absicherung von KünstlerInnen	17	
EZA, Humanitäre Hilfe, Klimaschutz	Erhöhung der Mittel für EZA und Katastrophenhilfe	450	
Frauenspezifische Maßnahmen: Ausbau der Förderung von Fraueninstitutionen	Fairer Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung	80	
	Soziale Absicherung von KünstlerInnen	90	
	Investitionsfonds für Gemeinden & wachsende Städte, Integration etc.	600	
Summe		10.753	176.650

Quelle: http://www.wegen-der-krise.at/fileadmin/dateien/Baustelle_2016/Zukunftsbudget_2017_-_2019_web.pdf, Seite 30f